Schriften der
Deutschen Hochschule für Politik
Herausgegeben von
Paul Meier-Benneckenstein

Paul Schnoeckel

Das deutsche Kolonialproblem

Junker und Dünnhaupt Verlag / Berlin

Schriften der Deutschen Hochschule für Politik
Herausgegeben von Paul Meier-Benneckenstein

I. Idee und Gestalt des Nationalsozialismus

Heft 24

Paul Schnoeckel

Das deutsche Kolonialproblem



Das deutsche Kolonialproblem

Von

Major a. D. **Paul Schnoeckel**
Hauptstellenleiter im Kolonialpolitischen Amt der NSDAP. (Reichsleitung).
Schulungsbeauftragter des Reichskolonialbundes

1937
Junker und Dünnhaupt Verlag / Berlin



Druck der Hofbuchdruckerei C. Dünnhaupt, K.-G., Dessau.

„Nur Kenntnis der Vergangenheit und weise Erforschung der Zukunft befähigen zur Beherrschung der Gegenwart."

Für jeden Deutschen, der sich heute mit den kolonialen Belangen beschäftigt, tauchen zwei grundlegende Fragen auf: Einmal, wie stellt sich die Innenpolitik dazu, und wenn positiv: wie ist die koloniale Arbeit anzusetzen, um im Ausland Verständnis zu finden, d. h. muß man sich auf den Gedankengang der fremden Völker einstellen, natürlich ebenso umgekehrt, also die Politik von außen nach innen betrachten?

Die Kolonialpolitik hat im Laufe der Jahrhunderte manche Wandlungen, und zwar im Rahmen der Weltpolitik, erlebt. Die größte Umwälzung hat zweifellos stattgefunden, als die Ozeane keine trennenden Begriffe mehr zwischen den Kontinenten darstellten, als sie vielmehr durch die sich immer stärker entwickelnde Schiffahrt zu Verkehrsstraßen wurden. Die zweite große Umwälzung fand statt durch den Krieg und seine Folgen, indem nunmehr auch die Luft zum Verkehrsträger, sogar zum politischen Machtfaktor wurde. Die Kolonialpolitik ist auch für uns Deutsche in den Vordergrund des Interesses gerückt, und zwar zunächst durch das große Friedensprogramm des Führers vom 29. März 1936. Das deutsche Volk hat durch die einzig in seiner Art bekundete Treue zum Führer diesem und sich selbst seine Wiedergeburt als politische Großmacht zu verdanken. Die anderen Völker werden gelernt haben, daß sie selbst ihr Schicksal zu bestimmen haben und nicht einzelne Staatsmänner, die aus Furcht und Angst, vor allem aus zu großer Selbstüberhebung zu zwangsweisen Willensäußerungen getrieben werden. Durch den Appell des Führers an die Völker hat er dem Selbstbestimmungsrecht erst Wesensinhalt gegeben. Diese eine Tatsache genügt, um ihn zum größten Staatsmann seiner Zeit zu stempeln. Die anderen Völker haben nunmehr Gelegenheit, durch die Annahme des Friedensprogramms dem fluchbeladenen Versailler Diktat endlich

ein Ende zu bereiten. Dann werden Friede und Gleichberechtigung wieder ihren Einzug in der Welt halten.

Zu dieser Gleichberechtigung gehört aber auch eine koloniale Revision. Lloyd George hat selbst kürzlich betont, daß ohne eine Neuregelung der Kolonialfrage kein wahrer Friede in der Welt aufkommen werde. In klarer Erkenntnis der weltpolitischen Lage hat deshalb der Führer im Punkt 18 seines Programms niedergelegt, daß Deutschland bereit ist, sofort oder später in den Völkerbund einzutreten, wobei er die Erwartung ausspricht, daß auch die Kolonialfrage in gerechtem Sinn gelöst wird. Etwaige Zweifel oder falsche Auslegungen über diese Erwartung dürften durch die Worte des Führers auf dem letzten Reichsparteitag beseitigt sein: Deutschland könne nicht auf die Lösung seiner kolonialen Forderungen verzichten, und die Staatsführung des Dritten Reiches würde jedenfalls auch Kolonien nützlich zu verwalten wissen.

Diese Hinweise hat der Führer erneut beleuchtet in seiner großen Reichstagsrede am 30. Januar dieses Jahres, indem er niederlegte:

„Es ist versucht worden, die deutsche Sympathie für das nationale Spanien mit irgendwelchen kolonialen Wünschen in Verbindung zu bringen. Deutschland hat an Länder, die ihm keine Kolonien genommen haben, auch keine kolonialen Ansprüche. Im übrigen, Deutschland hat niemals Kolonien gefordert zu militärischen Zwecken, sondern ausschließlich zu wirtschaftlichen. Also wird die Forderung nach Kolonien in unserem so dicht besiedelten Land als eine selbstverständliche sich immer wieder erheben."

Mit der Regelung der Kolonialfrage für Deutschland werden die letzten Fesseln des Versailler Diktates fallen. Frage 1 ist also positiv gewertet. Jeder Deutsche hat somit die Pflicht, sich eingehend mit den kolonialen Belangen zu befassen, damit er bewußt hinter unserem Führer stehen kann, wenn dieser unsere kolonialen Forderungen erhebt. Es folgt logisch Frage 2: Wie ist die koloniale Arbeit anzusetzen? Ausgangspunkt jeder deutschen Betrachtung und Betätigung in dieser Hinsicht wird unser Kolonial-

besitz sein, den wir mit reiner Hand empfangen und der Entwicklung entgegengeführt haben. Seine makellose Tradition stellt eine Quelle dar, aus der das deutsche Volk die Kraft zu seiner kolonialen Arbeit schöpfen kann.

Diese ist dringend notwendig; denn die Bedeutung der Kolonialpolitik kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß sie uns drei Probleme gestellt hat, an deren Lösung nicht nur unsere Generation, sondern auch spätere Generationen zu arbeiten haben werden. Diese drei Probleme sind: das Fernost-, das farbige und das bolschewistische Problem. Wenn die Kolonialpolitik bei der Lösung dieser Aufgaben unangenehme Formen zeigt, wenn sie beweist, daß sie nicht mehr so leicht zu handhaben ist wie früher, so haben wir die Ursachen dafür in der großen Kolonialschuld der westlichen Völker zu suchen. Diese Kolonialschuld läßt sich vierfach aufgliedern:

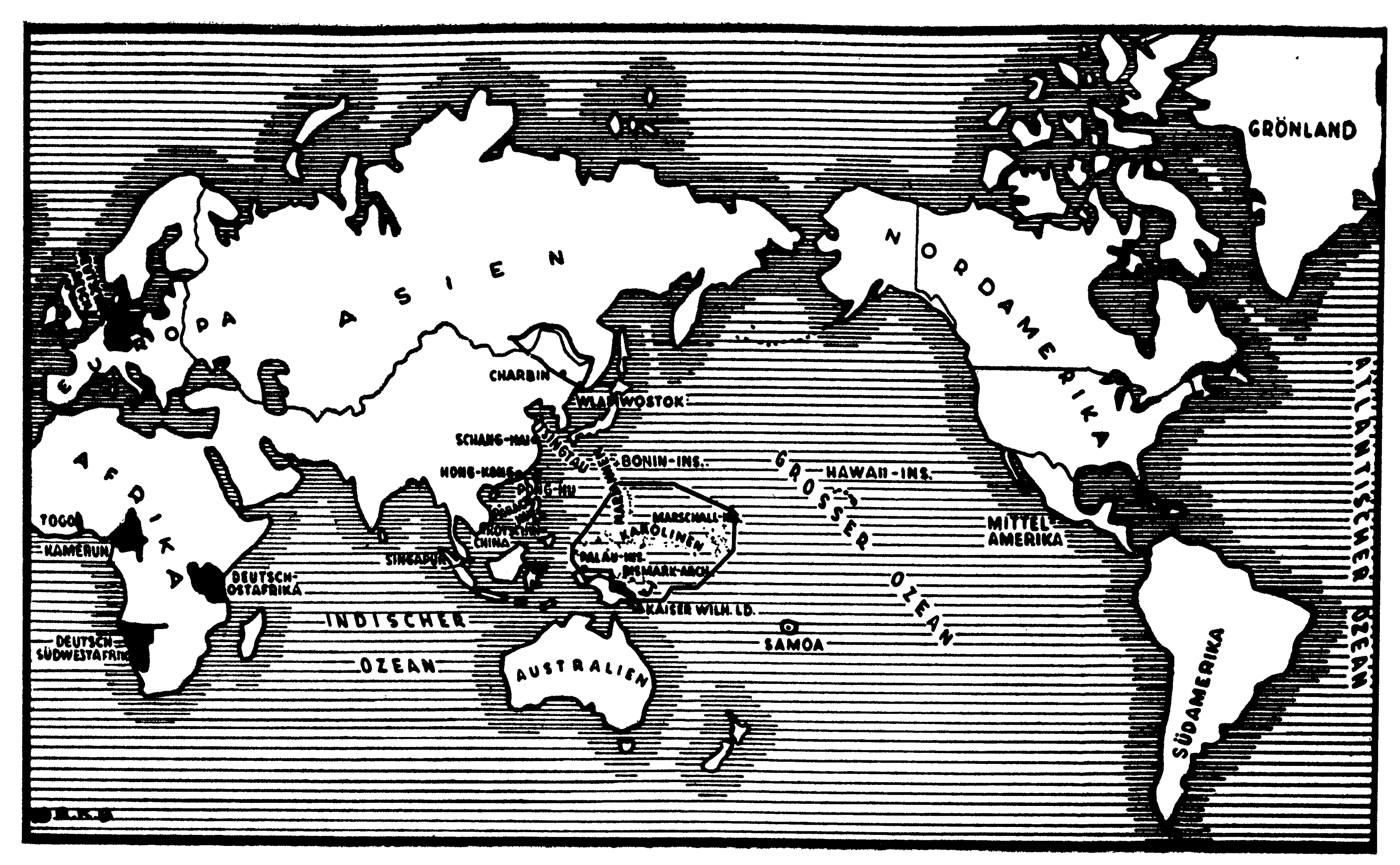
1. eine Selbstschuld des deutschen Volkes,
2. die uns auferzwungene Kolonialschuld (die koloniale Schuldlüge),
3. die große Kolonialschuld der alliierten und assoziierten Mächte von 1914, die sich in der Kolonialgeschichte beliebig rückwärts verfolgen läßt, und
4. die Selbstschuld des früheren Feindbundes durch die Nichterfüllung des Geheimvertrages vom 26. April 1915 gegenüber Italien.

Deutschland hat sich nie genügend um seine Kolonien gekümmert, weder vor noch in den ersten Jahren nach dem Kriege. Dadurch ist die Fortnahme der Schutzgebiete bei Kriegsende erleichtert und nach dem Kriege den Mandatarmächten das Rückgrat gestärkt worden, das oberste Gesetz der Mandatsstatuten, nach denen keine Macht der Erde ein Mandatsland annektieren darf, zu verletzen. Versuche dieser Art hat Frankreich gemacht, indem es die ihm übergebenen Gebiete von Kamerun und Togo unter einheitliche finanzielle Verwaltung mit der französischen Kolonie Dahomey bringen wollte. Der Grund dafür liegt, wie die französischen Kolonialzeitungen selbst zugeben, darin, daß die

deutschen Kolonien nur zuschußerfordernde Gebiete für Frankreich sind. Ähnliche Bestrebungen zeigt die Südafrikanische Union, indem sie unser Deutsch-Südwestafrika als fünfte Provinz einzugliedern versucht. Erst ein Machtwort des Premierministers Hertzog der Südafrikanischen Union, daß an den Mandatssatzungen unter keinen Umständen gerüttelt werden darf, machte diesen Versuchen zunächst ein Ende. Auch hier ein ähnlicher Grund wie zuvor: denn Deutsch-Südwestafrika ist ein absolutes Konkurrenzland zur Südafrikanischen Union. Zur Ausführung ihrer Pläne hat die Union unsere Kolonie durch künstliche Machenschaften in Schulden gestürzt und unseren schwerringenden deutschen Farmern unsagbares Elend zugefügt. Sie hoffte auf diese Weise, daß Südwest ihr eines Tages als reife Frucht in den Schoß fiele. Wir hier im Mutterland sollten niemals vergessen, daß gerade unsere Kolonialdeutschen draußen einen ähnlichen Kampf um die Erhaltung ihres Deutschtums führen wie unsere Landsleute in den hiesigen Grenzbezirken.

Bekannt sind die Versuche der Engländer, Deutsch-Ostafrika mit den benachbarten Kolonien Kenya und Uganda politisch und wirtschaftlich zu verschweißen: die sogenannte Closer Union. Auch diese Bestrebungen fanden erst ein Ende, als die britische Regierung erklärte, daß nach den Mandatsstatuten Deutsch-Ost selbständig bleiben müsse. Japan erklärt rund heraus, daß es die ihm übergebenen Inseln nördlich des Äquators niemals wieder herausgeben werde. Mit einer gewissen Offenheit hat der japanische Außenminister Hirota vor etwa zwei Jahren betont: Japan habe diese Inseln überhaupt nicht erobert, sondern sie seien dem Kaiserreich als Preis für den Eintritt in den Krieg gegen Deutschland zugesichert worden. Australien und Neuseeland führen als Argumente gegen eine Herausgabe des Kaiser-Wilhelm-Landes, des Bismarck-Archipels und Samoas an, daß diese ausgedehnten Inselgruppen geographisch und politisch zu den jetzigen Mandatarmächten gehörten.

Zum näheren Verständnis der Lage ist es notwendig, sich einmal um rund 50 Jahre in der Geschichte zurückzuversetzen. Man


GRÖNLAND
ATLANTISCHER OZEAN
NORDAMERIKA
MITTEL-AMERIKA
SÜDAMERIKA
EUROPA
ASIEN
AFRIKA
TOGO
KAMERUN
DEUTSCH-OSTAFRIKA
CHARBIN
SCHANG-HAI
TSINGTAU
HONG-KONG
CHINA
SINGAPUR
BONIN-INS.
HAWAII-INS.
KAROLINEN
PALAU-INS.
BISMARK-ARCH.
KAISER WILH. LD.
SAMOA
GROSSER OZEAN
INDISCHER OZEAN
AUSTRALIEN

schrieb das Jahr 1884. In Berlin tagte unter Fürst Bismarcks Leitung die internationale Kongokonferenz, an der 16 verschiedene Staaten teilnahmen. Sie unterschrieben die sich aus der Konferenz ergebenden Kongoakte, in denen ausdrücklich niedergelegt wurde, daß bei Ausbruch europäischer Konflikte die den kriegführenden Staaten gehörenden Kolonien als neutrale Länder zu betrachten seien. Es sollte unter allen Umständen vermieden werden, daß Eingeborene außerhalb ihrer eigenen Gebiete Kriegsverwendung fänden, um das Vorrecht der weißen Rasse und ihren Zusammenhalt auch nach außen zu zeigen. Es wird auf diesen Punkt noch einmal zurückzukommen sein. Es folgte dann ein geschichtlicher Werdegang, der in seiner Bedeutung wohl einzig dasteht: Die politsche Einkreisung Deutschlands seit Ende des vorigen Jahrhunderts, die mit dem Ausbruch des mitteleuropäischen Belagerungskrieges ihre praktische Gestaltung erhielt. Jeder, der sich mit der Politik befaßt, kann das letzte große Völkerringen nicht als Weltkrieg bezeichnen. Es war ein mitteleuropäischer Belagerungskrieg, dessen Begriff schon enthält, daß wir niemals eine Kriegsschuld auf uns geladen haben können. Wenn es noch eines weiteren Beweises bedarf, so sei darauf hingewiesen, daß Deutschland seit Ausbruch des Krieges von einer Wirtschaftskrise in die andere verfiel. Diese Wirtschaftskrisen begannen bereits während des Krieges, indem das deutsche Volk all die Not, all die Leiden, all die Entbehrungen durchmachen mußte, die nun einmal in einem belagerten Raum auftreten mußten. Im übrigen hat der Führer am 30. Januar die von Deutschland geleistete Unterschrift über die uns auferzwungene Kriegsschuld — enthalten in dem Artikel 231 des Versailler Diktates — feierlichst zurückgezogen. Die Kriegsschuldlüge ist damit völkerrechtlich gelöscht, die Diffamierung des deutschen Volkes beseitigt und seine Gleichberechtigung wiederhergestellt.

Der unvermeidliche Ausgang des Krieges beschenkte uns dann mit dem Versailler Diktat, in dem die 14 Punkte Wilsons, auf deren Zusicherung hin Deutschland voller Vertrauen die Waffen

niedergelegt hatte, bis zur Unkenntlichkeit verzerrt wurden. In dem die Kolonialfrage behandelnden 5. Punkt wurde in Verbindung mit der Lansingschen Note, die kurz vor dem Waffenstillstand von Lyon nach Washington gesandt wurde, ausdrücklich betont, daß die Fortnahme der deutschen Kolonien durch die alliierten und assoziierten Mächte keine Eroberung darstelle. Deutschland brauche die Kolonien zur Unterbringung überschüssigen Menschenmaterials, als Zugang zu den Rohstoffen der Tropen und — sinngemäß — als Absatzgebiete. Feindesmund hat uns also selbst erläutert, warum wir Kolonien brauchen. Ist schon aus diesem Grunde unsere Gleichgültigkeit bei der Enteignung der Kolonien geradezu sträflich zu nennen, so noch vielmehr, weil das deutsche Volk wußte und wissen mußte, welche ungeheuren Rohstoffquellen pflanzlicher und mineralischer Art in unseren Schutzgebieten schlummerten, die der Erschließung harrten und harren.

Haben die bisherigen Betrachtungen die Selbstschuld des deutschen Volkes gezeigt, so sei nun die uns aufgezwungene Kolonialschuld besprochen. Es ist hier nicht die Aufgabe, die einzelnen Paragraphen der uns aufgezwungenen Kolonialschuld vor Augen zu führen. Es sei nur darauf hingewiesen, daß diese sogenannte „Deutsche Kolonialschuld" erst während des Krieges und erst nach dem Eintritt Amerikas in das Völkerringen aufgenommen wurde, d. h. als sich die Schale des Kriegsglücks zu unseren Ungunsten senkte. Wir können den führenden Männern der Kolonialbewegung nicht dankbar genug sein, daß sie den deutschen Kolonialschild von dieser Schuld reingewaschen haben, im übrigen aber ist diese Kolonialschuldlüge längst der Lächerlichkeit anheimgefallen. Den Mandataren sowohl in Afrika als auch in der Südsee wird aus eigenem Lager empfohlen, die deutschen Kolonisationsmethoden in den überantworteten Gebieten wieder einzuführen, damit dort Ruhe und Ordnung einkehren könne. Nach dieser nachträglich und vergeblich aufgezwungenen Kolonialschuld versucht man nun — dieses Mal vorbeugend — eine zukünftige Kolonialrasseschuld ins Leben zu rufen. Man be-

hauptet, daß Deutschland nicht mehr in der Lage sei, mit seinen neu eingeführten Rassegesetzen und mit den Arierparagraphen Eingeborene im Sinne der Mandatsgesetze zu erziehen. Das Dritte Reich ist wieder einmal, wie so oft, teils absichtlich, teils unabsichtlich mißverstanden worden. Deutschland will durch seine Rassengesetze jedem Volkstum, unabhängig von seiner Zugehörigkeit zu Farbe und Religion, seine Eigenarten erhalten. Die neuen Rassengesetze versetzen uns erst recht in die Lage, unserer Tradition in den Kolonien zu folgen, d. h. die Eingeborenen im Sinne ihrer alten Stammesüberlieferungen der Zivilisation entgegenzuführen.

Es muß im übrigen darauf hingewiesen werden, daß es im Dritten Reich keine selbständige Kolonialpolitik gibt, sondern daß diese wie jede andere Politik weltanschaulich gebunden ist und bestimmt wird. Man kann das kurz dahin zusammenfassen, was Reichsleiter Rosenberg darüber sagt: „Politik ist soviel wert, wie sie der Erhaltung des Volkes dient."

Wir Nationalsozialisten wollen uns aber nicht auf der Verteidigungslinie herumbewegen. Wir wollen und müssen zum Angriff übergehen. Es sei darum die Frage gestellt, wer denn überhaupt eine Kolonialschuld auf sich geladen hat. Die Antwort fällt nicht schwer. Die alliierten und assoziierten Mächte von 1914 haben entgegen der Kongoakte den Krieg in unsere Kolonien getragen. Die Entente-Völker haben weiterhin die farbigen Völker militarisiert. Sie haben sie in vorderster Linie gegen eine weiße Kulturnation auf den europäischen Kriegsschauplätzen eingesetzt. Schwarz und weiß kämpfte Schulter an Schulter und wurde in unzähligen Schlachten besiegt. Wie es ein gemeinsames Kriegsleben und Kriegserleben mit sich bringt: es verwischten sich im Lager der Entente die Rassengrenzen. Der Eingeborene fing an, in dem Europäer nicht mehr die überragende Persönlichkeit von einst zu sehen. Diese geistige Umstellung der Farbigen wurde nach dem Krieg weiter genährt durch das Selbstbestimmungsrecht der Völker, durch die Verwendung Farbiger als Besatzungsarmee in der Rheinprovinz,

durch die Auffüllung der durch den Geburtenausfall entstandenen Lücken in der französischen Heimatarmee mit farbigen Soldaten, abgesehen davon, daß in sich geschlossene Eingeborenen-Divisionen in Südfrankreich garnisoniert sind.

Am tiefsten hat aber die Schuld Wurzel gefaßt bei dem Bolschewismus. Ihm wurde gelehrt, die bisher innegehaltenen internationalen Bahnen zu verlassen und interrassische zu betreten. Mit großem Erfolg hat er seine Wühlarbeit in den Kolonialländern aufgenommen und dadurch die Rassenfrage gewaltsam an die Oberfläche gezerrt. Diese wird ihrerseits gestärkt durch das Ziel Japans, aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker eine Gleichberechtigung der Farbigen herbeizuführen. Dieser Gleichberechtigung hat Frankreich eine goldene Brücke gebaut, indem es Farbigen Bürgerrechte verleiht. In verblendetem Haß gegen Deutschland, nur in dem einen Gedanken, das Reich unter keinen Umständen wieder hochkommen zu lassen, hatte man vor den weltpolitischen Vorgängen die Augen verschlossen. Erst als Japan sich anschickte, mit Hilfe der farbigen Völker die Hegemonie im großen Ozean an sich zu reißen, als es im Begriff war, die weißen Völker ihrer Vormachtstellung in der Welt zu berauben, entsann man sich einer östlichen Halbkugel und griff ein. Es war jedoch bereits zu spät. Man hatte auch übersehen, daß von 2 200 000 000 Menschen auf dieser Erde nur 650 000 000 der weißen Rasse angehören. Man hatte vergessen, daß den Farbigen inzwischen aus ihren eigenen Reihen gute Organisatoren entstanden waren. So sahen sich die in und um den großen Ozean interessierten Mächte bei Ausbruch der großen Geschehnisse bereits auf die Verteidigungslinie gedrängt, deren Schwächen als solche nun durch eine ungeheure Aufrüstung wettgemacht werden mußten, — eine Aufrüstung, die zu einer Zeit stattfand, als man das kranke Europa mit Abrüstungskonferenzen zu heilen versuchte.

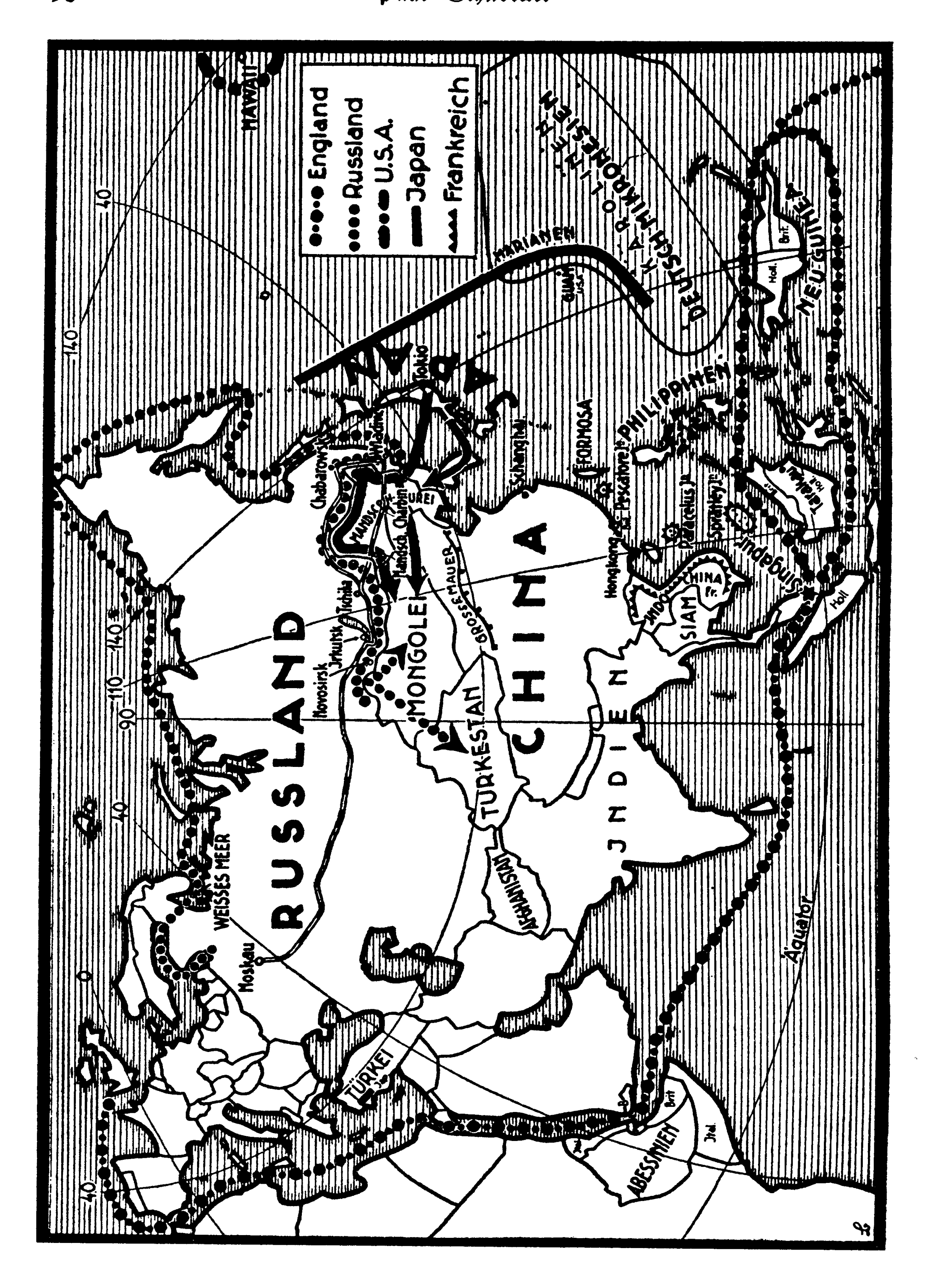
Unter diesen Umständen konnte sich im Großen Ozean ein zweiter Schwerpunkt der Weltereignisse entwickeln. Er konnte und kann vielleicht zum Ausgangspunkt einer erneuten blutigen

Abrechnung werden. Während alle diese Dinge in Fernost im Gange waren, traten nun die Folgen der zuletzt erwähnten Schuld, der Selbstschuld der alliierten Mächte, in Kraft, und es entstand ein zweiter Brennpunkt des Weltgeschehens am Mittel- und Roten Meer. Diese beiden Brennpunkte umschließt ein gemeinsames Band: die Kolonialpolitik. Ihre Bedeutung ist von einem Teil der Mächte nie genügend gewürdigt worden. Während die europäischen Mächte unter vollständiger Bindung ihrer militärischen und wirtschaftlichen Kräfte Deutschland zu vernichten versuchten, benutzte Japan die Zeit seiner Bewegungsfreiheit, um sich in den verschiedensten Gebieten des Großen Ozeans festzusetzen. Durch das Vorgehen Japans in Fernost fand eine derartige Verschiebung der Machtverhältnisse statt, daß für die anderen dort interessierten Nationen Reibungsflächen aller Art entstehen mußten.

US-Amerika hatte ohnehin nach dem Krieg dem müden Europa den Rücken gewendet. Es besann sich wieder seiner Monroe-Doktrin und auf der Suche nach neuen Absatzgebieten fand es ein geeignetes Tätigkeitsfeld im Großen Ozean. Die Eröffnung des Panamakanals 1914 — während des Krieges wenig beachtet — hatte den Westküsten der Staaten ein ungeheures Aufblühen gebracht und den Amerikaner unwillkürlich auf seine neuen Aufgaben hingewiesen. Als willkommenes Ausfalltor dient den Staaten ihr Kolonialbesitz: Die Hawai-Ost-Samoa-Inseln, Guam, die Philippinen und Alaska mit den benachbarten Inseln. Die Philippinen sind zwar von den Staaten aus wirtschaftlichen Gründen und strategischen Erwägungen zu einem selbständigen Staat erklärt worden, jedoch unter dem Vorbehalt, daß US-Amerika dort einstweilen noch militärische Stützpunkte aufrechterhält. Die Filipinos haben also vom Standpunkt des Selbstbestimmungsrechts der Völker einen Sieg davongetragen. Die Frage aber, ob sie später einmal die amerikanische Schutzherrschaft zurückwünschen, wird vielleicht Japan beantworten. Den aufgegebenen Philippinen steht aber ein Kraftpol höchster taktischer Bedeutung gegenüber: Die Hawai-Inseln. Ihr Ausbau zu

einem einzigartigen Sperrfort mit offensivem Charakter beweist, daß US-Amerika keineswegs gewillt ist, seine handelspolitischen Maßnahmen in China durch Japan beeinträchtigen zu lassen. Diesem Willen wird neuerdings Ausdruck verliehen durch den jetzt regelmäßig eingerichteten Flugdienst von Kalifornien über Honolulu, die Wake-Inseln, Guam, Manila nach Hongkong.

In Fernwest stoßen aber die Staaten in das Interessengebiet Japans hinein, dessen Ausdehnungsdrang keineswegs geringer ist als der der Staaten, aber nicht aus imperialistischen Gründen, sondern aus Raummangel hervorgerufen wird. Man kann es einem Volk wie dem japanischen, das von 30 Millionen Köpfen im Jahre 1870 auf 100 Millionen im Jahre 1935 angewachsen ist, bei überdies einer Million Geburtenüberschuß pro Jahr, nicht verübeln, wenn es die leerstehenden Gebiete Australiens und Ost-Sibiriens für seinen Bevölkerungsüberschuß und als Rohstoff-quellen zu gewinnen trachtet. Zähigkeit und Energie, Genüg-samkeit und Fleiß — die hervorragenden Charaktereigenschaften des Japaners — ermöglichten dem aufstrebenden Weltreich, den Handel in alle Länder, nicht zuletzt in die Kolonialbesitzungen Afrikas, vorzutragen und sich überdies eigene Rohstoffquellen zu verschaffen. Es gelang ihm, in Nordchina, in der Mandschurei, in Persien, Anatolien, Brasilien, Paraguay und Chile Fuß zu fassen. Es hat gewissermaßen einen Ring äquatorgleich um die Erde geschmiedet. Mit großem Geschick und Erfolg ging Japan in Ostasien militärisch vor und hat nach Besetzung von Mandschukuo einen gewaltigen Verteidigungsgürtel um seine Interessengebiete gelegt. Im Osten hat es die von Nord nach Süd dem Mutterland vorgelagerte Inselkette unter Einbeziehung unserer ihm als Mandat übergebenen Südsee-Inseln stark be-festigt. An der Nordgrenze der Mandschurei, die tief nach Sibirien hineinlangt, und im Süden an der chinesischen Mauer sind starke Verteidigungsstellen entstanden. Rußland, in Sorge um seine Seeprovinz mit der Hauptstadt Wladiwostok, ließ diese militärischen Maßnahmen Japans selbstverständlich nicht unbe-antwortet. Seine rote Armee steht im Fernen Osten auf der


England
Russland
U.S.A.
Japan
Frankreich
HAWAII
MARIANEN
GUAM
DEUTSCH-MIKRONESIEN
NEU-GUINEA
PHILIPPINEN
FORMOSA
JAPAN
Tokio
Schanghai
Hongkong
Singapur
SIAM
RUSSLAND
CHINA
MONGOLEI
GROSSE MAUER
TURKESTAN
AFGHANISTAN
JNDIEN
Novosirsk
Jrkutsk
Tschita
Chabarowsk
WEISSES MEER
Moskau
TÜRKEI
ABESSINIEN
Äquator

Wacht. Während sich im Norden die Gegner bis an die Zähne bewaffnet gegenüberstehen, gibt die große offene Tür im Westen, an der Äußeren Mongolei genug Gelegenheit zu Zusammenstößen. Hier an den Grenzen der Mongolei kommt Japan mit den Interessen Rußlands in Konflikt. Die Sowjet-Union betrachtet die Äußere Mongolei und Chinesisch-Turkestan als bereits ihr einverleibte Provinzen. Ein geheimes chinesisch-russisches Militärabkommen, durch das Rußland diese chinesischen Provinzen überantwortet bekam — als Gegenleistung hat Moskau sich verpflichtet, mit China gemeinsam gegen Japan zu arbeiten — erleichterte Rußland, China weiterhin zu bolschewisieren.

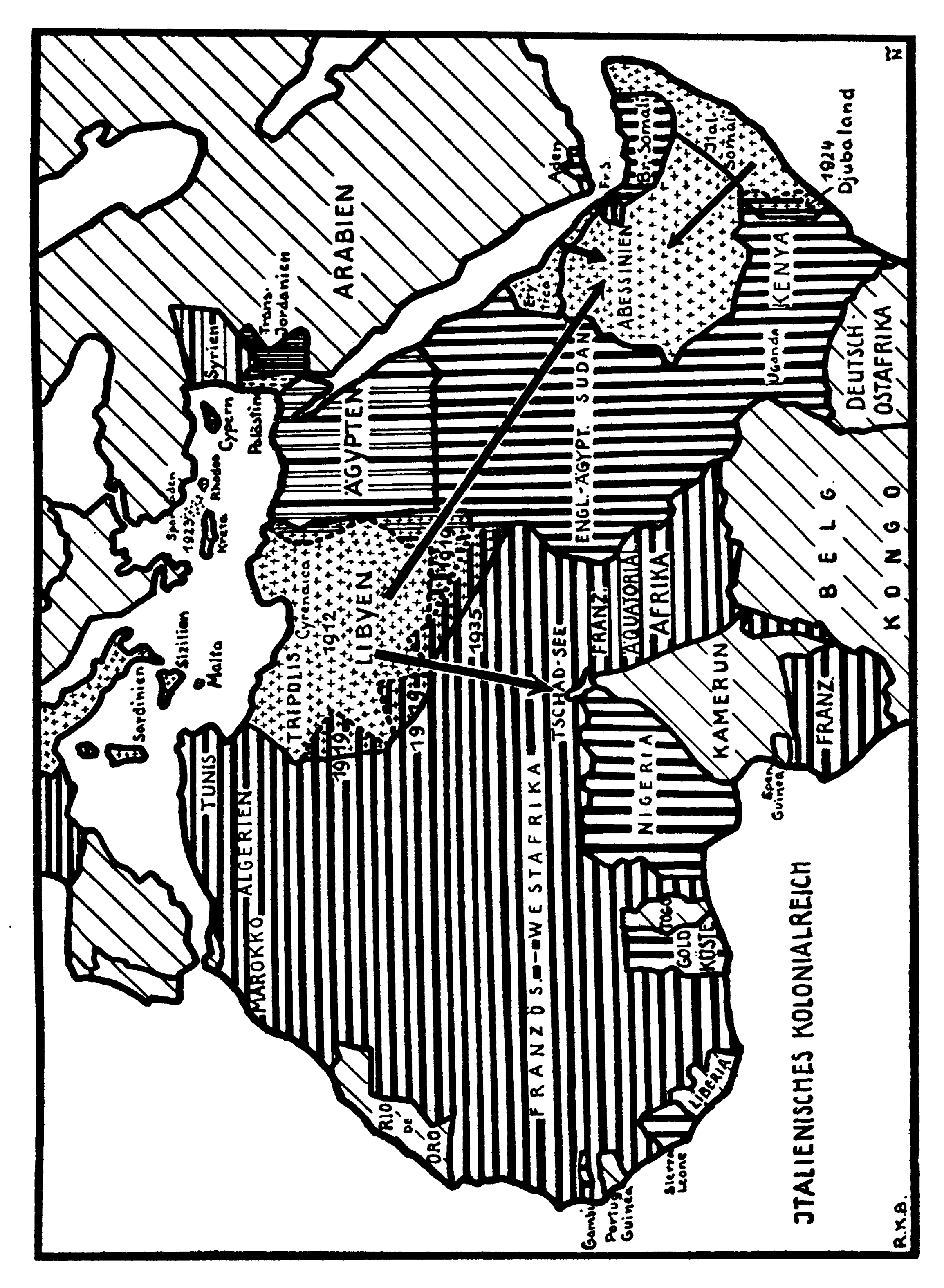
Dieser ungeheuere, aus tausend Wunden blutende Staat konnte zu einer willkommenen Zentrale der Komintern in Ostasien werden. Von hier aus sollen die Nachbarländer, besonders Indien, unterwühlt werden. Der Verlust Indiens aber würde England nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich empfindlich treffen. Wie weit der Bolschewismus in Indien bereits Fuß gefaßt hat, geht aus einer Bemerkung des Nachfolgers Gandhis hervor, des jetzigen Präsidenten des allindischen Kongresses Pandit-Jewarlharlal-Neru. Er äußerte: „Die Welt hat gegenwärtig zwischen dem Faschismus und dem Kommunismus zu wählen. Ich bekenne mich zum Kommunismus."

England verfolgt mit wachsender Unruhe die schweren Gefahren, die Indien durch den Bolschewismus und Australien durch Japan bedrohen. Es hat deshalb den Zentralpfeiler des britischen Weltreiches, Singapore, zur größten Seefestung der Welt ausgebaut. Auch Hongkong soll jetzt unter einem Aufwand von 10 Millionen £ zu einer bedeutenden Luft- und Flottenbasis umgestaltet werden. Aber auch das gewaltige Singapore dürfte nur dann in der Lage sein, die weit auseinander liegenden Kolonialbesitzungen Großbritanniens zu schützen, wenn letzteres seine gesamten Streitkräfte in Fernost konzentrieren könnte. Bei einem zeitlichen Zusammentreffen mit einem Konflikt in Europa, müßten diese Kolonialgebiete imstande sein, sich selbst zu verteidigen. Diese Erkenntnis und die Möglichkeit einer Blockade des Suez-

und Panamakanals hat England veranlaßt, ungeheure Aufrüstungen vorzunehmen und den jüngsten Kontinent Australien vom Nachschub unabhängig zu machen. In den großen Städten wie Perth, Sydney, Melbourne, Brisbane entstehen große Munitionsfabriken und Industriewerke. Auch dem Flugwesen wird die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Der Hafen Port Darwin im Norden, bisher ein unbekanntes Fischerdorf, wird zu einem bedeutenden Kriegshafen ausgebaut. Langversäumtes wird dadurch in Australien nachgeholt, und dieser Kontinent rückt allmählich seinerseits in die Reihe der industrieerzeugenden Länder.

In ähnlicher Weise verfährt Frankreich mit seinem Kolonialbesitz im Großen Ozean, der verkörpert wird durch Cochinchina und 5000 Inseln im Ost-Pazifik. Von der Presse, besonders der deutschen, wenig beachtet, hat Frankreich 1934 die westlich Borneo vorgelagerten Spreadny-Inseln, ferner die Paracellus-Gruppe südöstlich Hainan, sowie die Pescadores-Inseln westlich Formosa in Besitz genommen. Die Flaggenhissung wurde wenig beachtet, weil die Inseln wirtschaftlich so gut wie wertlos sind. Desto größer ist ihre strategische Bedeutung. Im Besitz dieser Inseln hat sich Frankreich eine Flottenbasis geschaffen, von der es sowohl die Zufahrtstraßen bei Singapore als auch nach den Philippinen bewacht. Dadurch ist Frankreich in die Lage versetzt, bei einem etwaigen Fernost-Konflikt ein wichtiges Wort mitreden zu können.

Der zweite Brennpunkt des Weltgeschehens am Roten und Mittelmeer, das mit dem im Großen Ozean mancherlei gemeinsame Wesenszüge hat, konnte durch den Bruch eines Kolonialversprechens des früheren Feindbundes gegen seinen eigenen Verbündeten entstehen. In dem Geheimvertrag vom 26. April 1915 war Italien von Frankreich und England erweiterter Kolonialbesitz für seinen Austritt aus dem Dreibund und Eintritt in den Krieg gegen Deutschland zugesichert worden, falls England und Frankreich koloniale Erweiterungen auf Kosten Deutschlands erfahren würden. England und Frankreich erkannten zwar die kolonialen Ansprüche Italiens an, ohne diese jedoch in der



verlangten Form zu befriedigen. Die Abtretung gewisser kleiner Landstreifen in den Wüsten Libyens erregte eher die italienischen

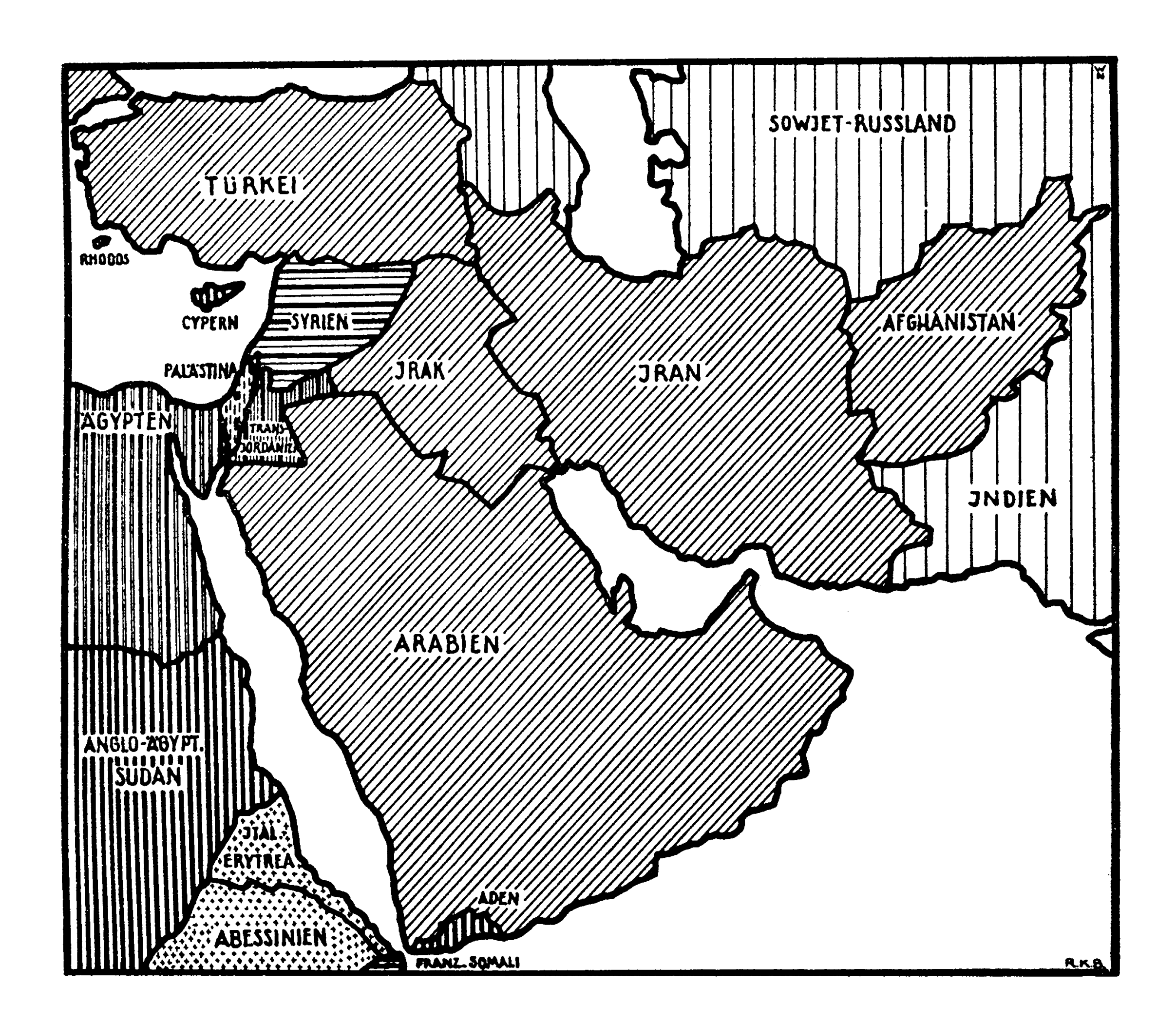
Gemüter als sie zu beruhigen. Die italienisch-französischen Verhandlungen über Abgabe von Kolonialbesitz kamen schließlich Anfang Januar 1935 zum Abschluß, die in ihrem Ziel gegen England gerichtet waren. Danach verzichtete Italien auf eine Expansionspolitik nach dem Tschad-See und Deutsch-Kamerun und erhielt dafür einen Streifen von 114000 qkm an der Südostgrenze Libyens, sowie einen geringen Teil von Französisch-Somaliland. Diese Abtretungen glichen einem Brosamen, der von des reichen Mannes Tische fiel, und entlockte dem Duce nur die haßerfüllten Worte: „Ich bin kein Sammler von Wüsten.“ Es scheint, daß daraufhin Laval Mussolini neutrale Haltung zugesichert habe, falls Italien Abessinien erobern wolle. In dem Verzicht Italiens auf den Tschad-See und das nunmehr eroberte Abessinien liegt eine Trübung der englisch-italienischen Freundschaft; denn England muß sich in seiner Lebenslinie nach Fernost durch ein vereinigtes Italien-Abessinien bedroht fühlen. Diese Bedrohung ist um so schwerwiegender, weil zwischen den Kraftfeldern der Weltpolitik in Fernost und am Mittelmeer durch den neugebildeten Mittelostblock, den Irak, Iran und Afghanistan, unter der Führung der Türkei eine Brücke geschlagen worden ist.

Afghanistan zeigte schon im Krieg ein gewisses Anlehnungsbedürfnis an das islamitische Persien. Dieses schöpfte aus seiner Geschichte neuen Lebenswillen, der in der Übernahme des alten Namens Iran äußerlich zum Ausdruck kam. Das neugeschaffene Königreich Irak bewies nach Abschüttelung des englischen Mandatsmantels 1932, daß es den gestellten Aufgaben als selbständiger Staat gewachsen ist.

Die durch ihre nationalen Kräfte wiedererstandene Türkei hat unter der geschickten Führung Kemal Paschas einen Freundschaftsvertrag mit den drei anderen islamitischen Staaten zustandegebracht und gleichzeitig dem Bosporus und den Dardanellen die Wehrhoheit zurückgegeben.

Das völkisch zu Arabien gehörende Irak stellte die Verbindung nach dem südlich gelegenen Königreich Ibn Sauds her, der diesem nördlichen Staatenbund seine Unterstützung zusagte.

Damit ist ein gewaltiges Kraftzentrum im Orient entstanden, dem Europa bisher die gebührende Aufmerksamkeit versagt hat. Diese dürfte um so angebrachter sein, als Ibn Saud einer der fähigsten farbigen Staatsmänner ist, den die Welt hervorgebracht hat. Der Wahabiten-Führer hat sich in der Nachkriegszeit



durch seine Eroberungen und Siege, zuletzt 1933/34 über den Jemen, zum Beherrscher Arabiens emporgeschwungen. Sein Einfluß, der in der arabischen Welt weit über die politischen Grenzen seines Landes hinausgeht, ist stark im Wachsen begriffen. Er hat die 6 Millionen Bewohner in seinem Reich, das mit 1 600 000 qkm etwa dreimal so groß ist wie Deutschland, fest in der Hand. Die Finanzierung des wohlgeordneten Staats-

wesens wird ihm durch die vorhandenen Bodenschätze, vor allem Erdöl und Gold, erleichtert.

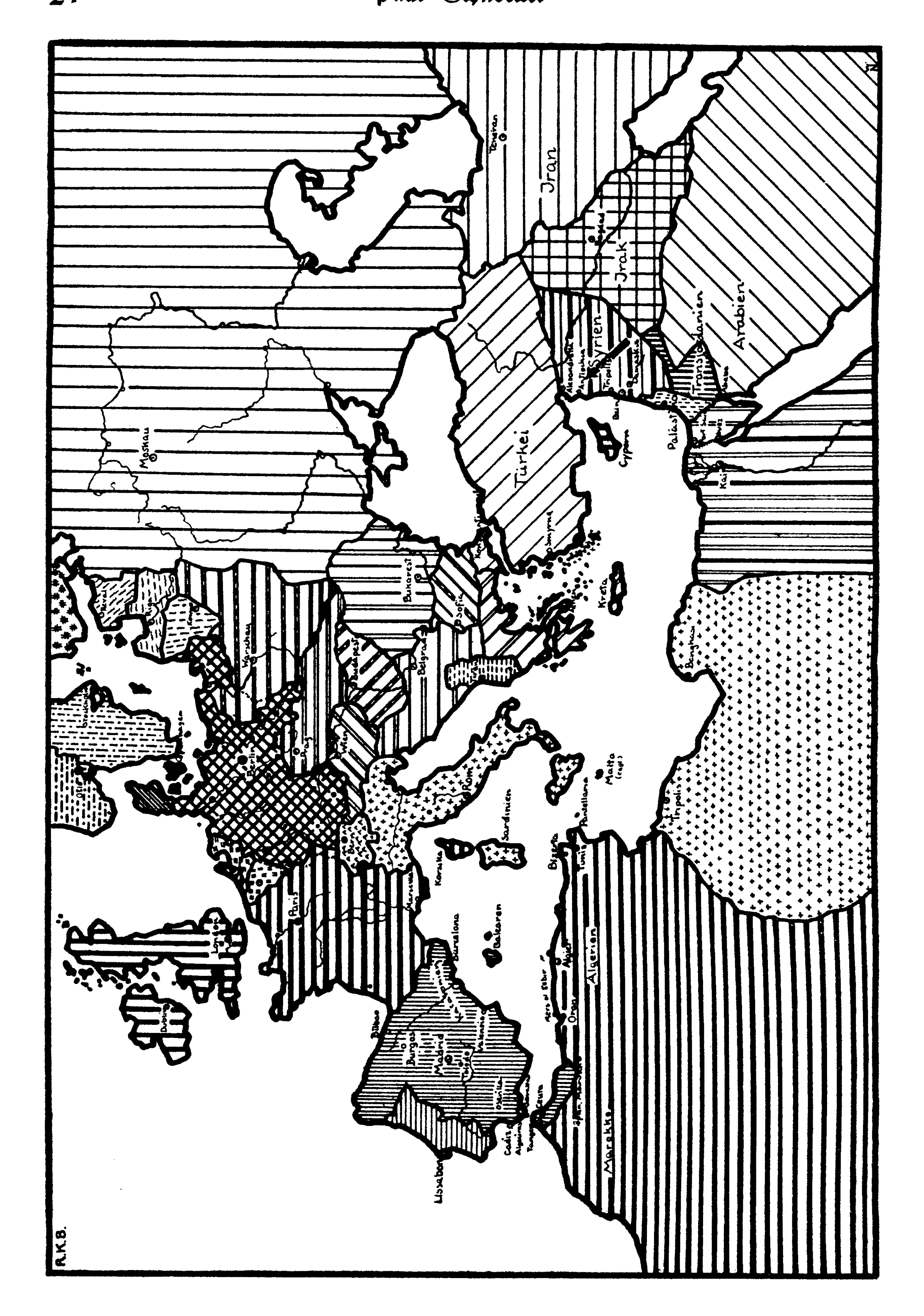
Ibn Saud verkörpert die Wiederauferstehung des Islam. Schrankenlos in seinem Fanatismus, wie ihn nur ein Arabien hervorbringen kann, plant er, ein großes arabisch-nordafrikanisch-mohammedanisches Reich aufzurichten. Er gilt heute als der Kalif. Wenn jemand, so ist er in der Lage, den Heiligen Krieg ausrufen zu lassen. Dann werden die Gläubigen sich um die grüne Fahne des Propheten scharen, die in seinem Besitz ist, und es wird ein gewaltiges Erbeben durch die mohammedanischen Völker von Indien bis an die Westküsten Afrikas gehen.

Der Beitritt Ibn Sauds zu dem Mittelostblock ist für England auch beunruhigend, weil er die strategischen Zugangswege nach Indien zu Lande und zu Wasser in der Hand hält. Unter der Einwirkung freundschaftlicher Beziehungen Ibn Sauds zu der Bevölkerung des britischen Mandats Transjordanien zeigt dieses Bestrebungen, sich mit dem französischen Mandat Syrien zu einem selbständigen Königreich, evtl. unter Einbeziehung Palästinas, zu verbinden. Die schweren Zusammenstöße zwischen den Arabern und Juden, geschürt von dem Bolschewismus, sind ebenfalls auf den Zusammenschluß der arabischen Bevölkerung zurückzuführen. Zunächst hat diese gegen die Einwandererfreigabe der Juden in Palästina aufbegehrt. Dies ist um so verständlicher, als der Araber den Juden zur niedrigsten Kaste der Menschheit rechnet. Er wird den Westjuden nie anders einschätzen als denjenigen, den er in Nordafrika so tiefstehend kennengelernt hat. Der Araber sieht sich in Palästina — in seinem Lande — von der Zuwanderung der jüdischen Bevölkerung, hervorgerufen durch die judenfreundliche Politik des Mandatars England, bedroht. Das Anwachsen der jüdischen Bevölkerung von 175 000 Juden im Jahre 1931 auf über 400 000 Köpfe im Jahre 1936 läßt die Besorgnis der Araber verstehen.

Es stoßen in Palästina mit den umgebenden Ländern zwei Weltanschauungen aufeinander, deren scharfe Gegensätze mit

Waffengewalt auf die Dauer ebensowenig ausgeglichen werden können wie die Sympathien der syrischen Bevölkerung mit der ägyptischen Wafd-Partei. Damit zeigt sich auch der Haß Syriens gegen die Methoden des französischen Mandatars. Weder ist Frankreich in der Lage, mit seiner Eingeborenen-Ausgleichungs-Politik und seiner Anlehnung an die bolschewistisch-asiatische Weltanschauung sich bei der farbigen Welt durchzusetzen, noch England mit seiner betonten Trennung in den Rassenfragen.

Die Einverleibung Abessiniens durch Italien, die Kämpfe in Spanien, die Bildung des Mittelostblocks haben eine gründliche Verlagerung der Kräfte im Mittelmeer hervorgerufen und der bisher englischen Vorherrschaft einen schweren Schlag versetzt. Durch die den Italienern von Laval geschenkte Insel Dumeira unweit Dschibuti beherrscht Italien die Südausfahrt des Roten Meeres. Durch die in der knapp 120 Seemeilen breiten Meerenge zwischen Sizilien und Nordafrika gelegene neuerdings befestigte Insel Pantellaria beherrscht Italien die Zufahrt von Gibraltar. Italien hat also, militärisch gesprochen, im Mittelmeer einen östlichen Binnensee geschaffen. Die Aufgabe von Malta durch England, der Insel, die im Zeitalter der Luftkriegführung ihren Wert als Hauptflottenstützpunkt wegen der Nähe der italienischen Flughäfen eingebüßt hat, erschwert Englands Lage. Cypern wurde zum Ausgleich als neue strategische Zentrale gewählt, weil die Insel eine überragende Stellung zu Ägypten, der Suezkanalmündung sowie den zum Mittelmeer führenden Ölleitungen vom Irak einnimmt. Einen absoluten Schutz für die englische Handelsschiffahrt im Mittelmeer gewährleistet sie jedoch nicht, weil von hier die 1900 Seemeilen lange Strecke bis Gibraltar zu überwachen ist. Da England bereits mit einer Sperre des Suezkanals rechnen muß, hat es Akaba am Nordostzipfel des Roten Meeres — die militärisch wichtige Lage wurde von Deutschland bereits während des Krieges erkannt — zu einem großen Kriegshafen ausgebaut. England ließ ferner von hier aus eine Militärstraße nach Haifa

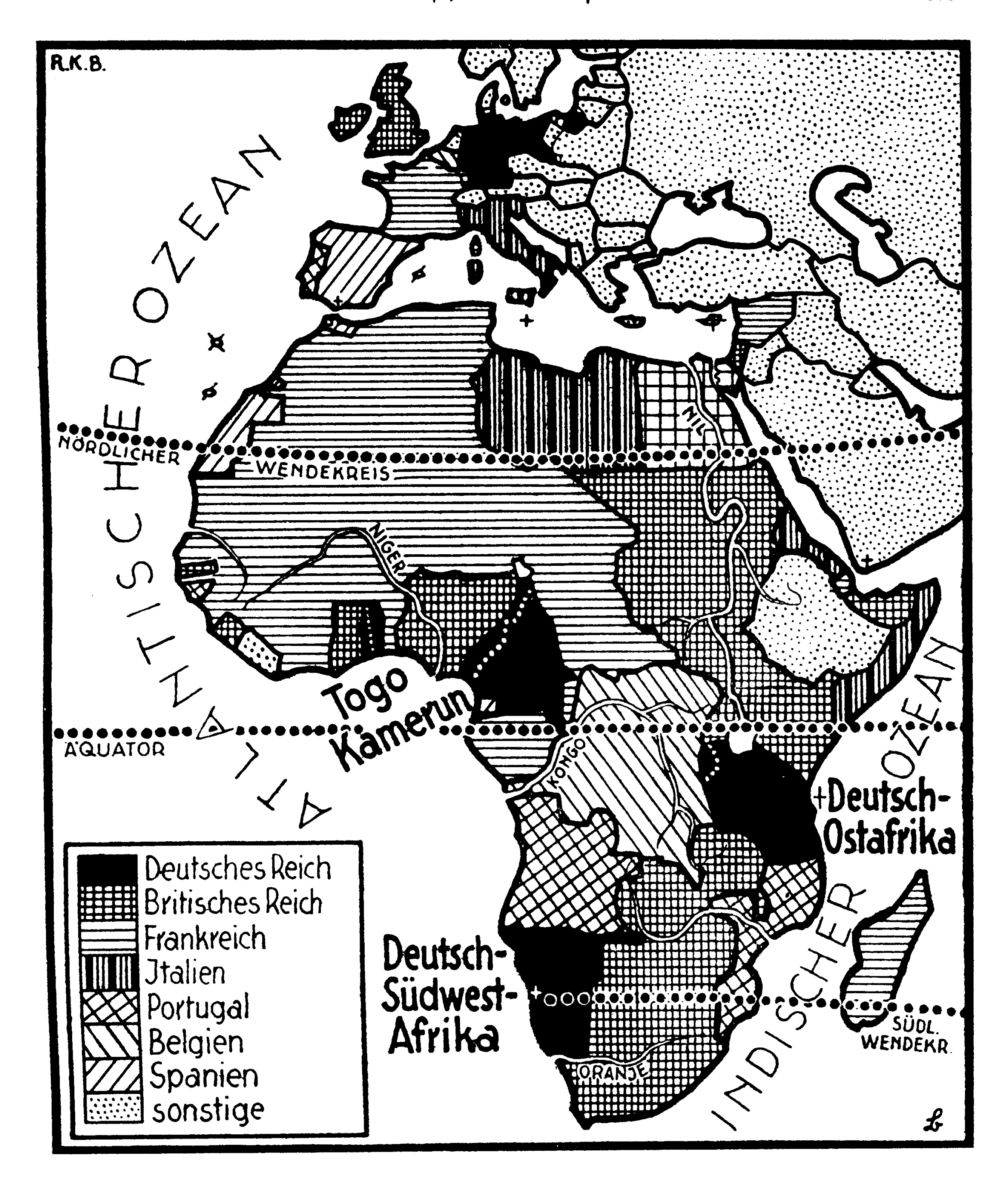

Iran
Irak
Syrien
Transjordanien
Arabien
Türkei
Cypern
Kreta
Moskau
Warschau
Berlin
Paris
Wien
Budapest
Bukarest
Belgrad
Sofia
Rom
Sardinien
Malta
Korsika
Balearen
Barcelona
Madrid
Burgos
Lissabon
Algerien
Marokko
Oran
Algier
Tunis
Bizerta
Tripolis
R.K.B.

anlegen, um unter Vermeidung des Seeweges Truppen von Palästina nach dem Roten Meer und umgekehrt werfen zu können. Auch diese Maßnahme stellt nur einen Notbehelf dar. Sie läßt im Kriegsfall nur Truppenverschiebungen innerhalb eines großen belagerten Raumes zu. England sah sich deshalb gezwungen, der alten Ostindienlinie über Kapstadt erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken.

Großbritannien verfügt an der westafrikanischen Küste vor allem mit den Inseln St. Helena und Tristan da Cunha und auch an der Ostküste über gute Stützpunkte. Mombassa wird zur Zeit stark ausgebaut; aber die Schlüsselstellung westlich von Singapore, „das Kap", untersteht der Oberhoheit der Südafrikanischen Union. Es wurden deshalb von England Verhandlungen mit dem Wehrminister Pirow der Südafrikanischen Union eingeleitet, Kapstadt und das benachbarte Simonstown unter finanzieller Unterstützung Großbritanniens zu Flottenstützpunkten ersten Ranges auszubauen und eine allgemeine Küstenbefestigung in der Union anzulegen. Die Südafrikanische Union erhält durch diese Maßnahme in Verbindung mit der allgemein angeordneten Aufrüstung eine erhöhte Sicherheit. Diese ist nach Ansicht des Ministers Pirow dringend notwendig, um innerkontinentalen Gefahren gewachsen zu sein. Bei der so gänzlich verschieden gehandhabten Eingeborenenpolitik, die einige Mächte in Nordafrika verfolgen im Gegensatz zu denen in Südafrika — so meinte der Minister —, könne ein Zusammenstoß in Afrika eines Tages unvermeidlich werden. Unter diesem Gesichtspunkt sind wohl auch seine Ausführungen zu werten, Deutschland gern wieder als Kolonialmacht in Afrika zu sehen. Die Tendenz als solche scheint darauf hinauszugehen — bedingt durch die allgemeine politische Lage Afrikas —, uns möglichst mit Kolonialbesitz an der Westküste des Kontinents abseits der großen Ozeanstraßen abzufinden. Betrachtungen darüber haben vielleicht zu mancherlei falschen Gerüchten in Deutschland Anlaß gegeben. Man vermißt uns wohl als neutralen Pufferstaat! Zu dieser Ansicht bekennen sich auch viele Australier, die be-

dauern, daß durch die Enteignung der deutschen Südseekolonien eine breite territoriale Schranke gefallen sei, wodurch die Gegensätze der verschiedenen Mächte im großen Ozean unmittelbarer aufeinanderprallen als früher. Unabhängig von solchen kolonialpolitischen Erwägungen wird Deutschland stets darauf bestehen, sein gesamtes Kolonialreich, wie es im Jahre 1914 beim Ausbruch des Krieges bestand, zurückzuverlangen. Es sei dabei auch auf das 1911 durch den Vertrag von Marokko erworbene und von Frankreich nach dem Kriege widerrechtlich repatriierte Gebiet von Neukamerun hingewiesen sowie auf die Einverleibung des Kiongadreiecks im Südosten Deutsch-Ostafrikas durch Portugal. Andererseits wird die Union für ihr Entgegenkommen gewisse Zugeständnisse von England fordern, die in der längst gewünschten Angliederung der südafrikanischen Protektorate und einer Kontrolle über die südliche Hälfte des Kontinents bis zum Kongo und Kilimandscharo bestehen können. Auch eine Umleitung der Schiffahrt über die Falklandinseln auf dem Westwege nach Fernost ist geplant.

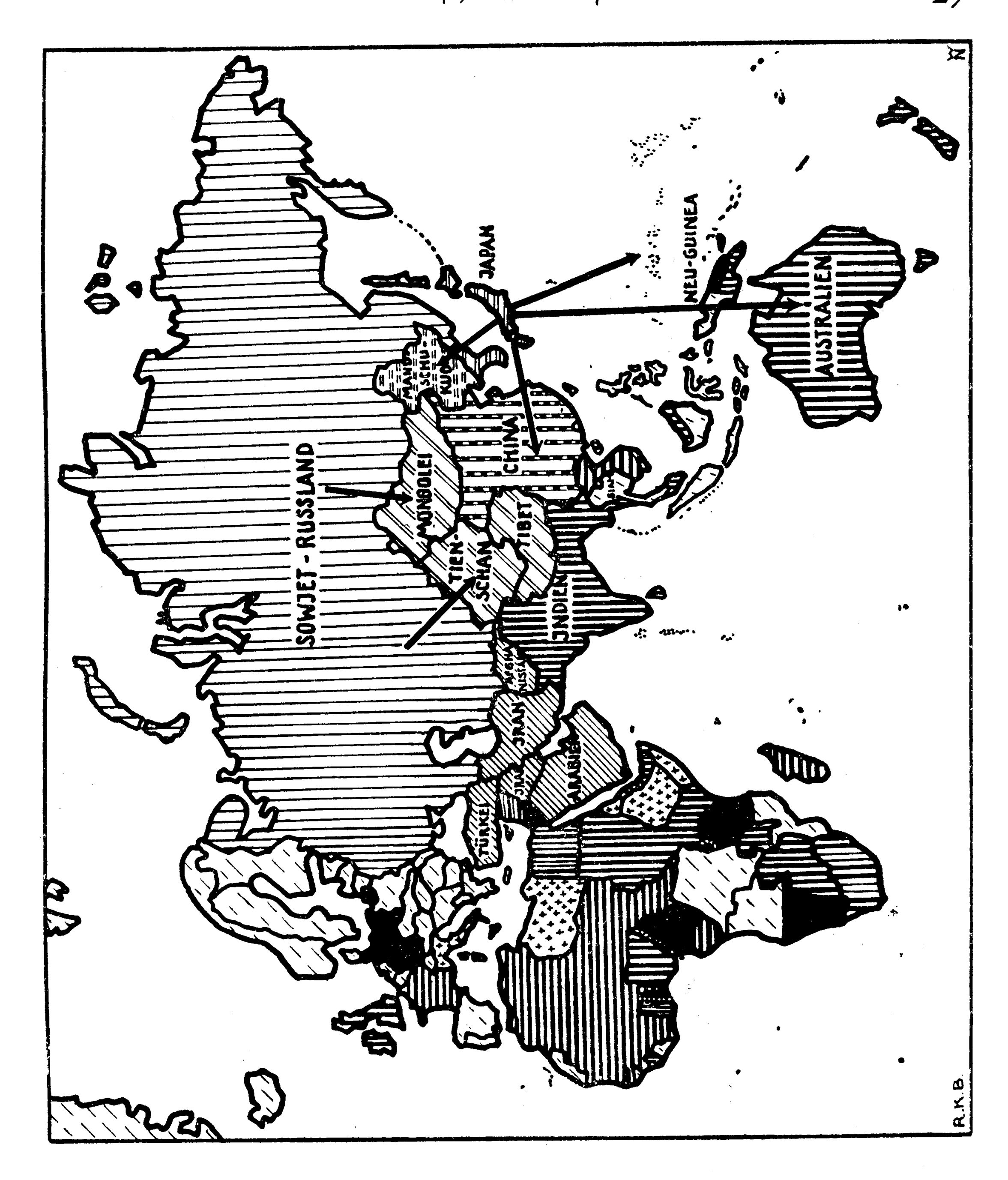
Die Lage im Mittelmeer wird von England als überaus ernst deshalb angesprochen, weil der Vatikan offensichtlich hinter den nationalen Truppen Spaniens steht und ein zukünftiges politisches Zusammengehen Spaniens und Italiens nicht von der Hand zu weisen ist. Die wenig erfreuliche Lage ließ England die Vereinbarung mit Italien „Status quo" im Mittelmeer als wünschenswert erscheinen. Ein italienisch-spanisches Bündnis würde nicht nur England, sondern auch Frankreich im westlichen Mittelmeer empfindlich treffen. Die Ankündigung des Marschalls Balbo, daß der Duce der alleinige Protektor des Islam sei und 400 Millionen Mohammedaner dem zugestimmt haben, hat in Frankreich und England eine weitere begreifliche Erregung hervorgerufen. Es sei dabei auf den schon erwähnten Mittelostblock hingewiesen. F r a n k r e i c h ist im Kriegsfall aus Mangel an eigenen Soldaten auf seine Rekrutierungsgebiete von Nordafrika und damit auf Truppentransporte nach dem Heimatland angewiesen. Das riesige französische Afrika-Im-



perium unmittelbar vor den Toren Frankreichs verkörpert mit seinen 30 Millionen Eingeborenen und seinem erheblichen Reichtum an Rohstoffen sowie Nahrungsmitteln eine bedeutende Kraftquelle. Im letzten Kriege konnte Frankreich bereits 500 000 Eingeborene gegen Deutschland ins Feld stellen. Heute ständen bereits 1 200 000 Eingeborene zur Verfügung. Diese Zahl

dürfte sich nach Auswirkung der im Jahre 1933 in seinen Kolonien eingeführten allgemeinen Wehrpflicht auf drei Millionen erhöhen. Eine Störung der französischen Generalstabspläne in bezug auf derartigen Truppen- und Materialnachschub würde Frankreich schwächen. Es stützt sich also naturgemäß auf England, das wiederum Frankreich braucht. Die englischen Überseeverbindungen sind von den französischen Atlantikküsten im Norden und von dem Westen Afrikas bedroht. Der russisch-französische Militärpakt, die durch den Vertrag von Montreux von der Türkei zugegebene Durchfahrt von Kriegsschiffen durch die Dardanellen, insbesondere solcher, die im Dienst des Völkerbundes und der Sowjet-Union stehen, zwingt England zu einer loyalen Haltung gegenüber Rußland. Auch die schon erwähnte Bedrohung Indiens durch Rußland und die japanische Gefahr in Fernost zwingen England, mit der Sowjet-Union zu liebäugeln. Diese ihrerseits hat keine freie Entschlußkraft, weil ihre Rote Armee durch Japan in Fernost gebunden ist. Japan und der Mittelostblock verhindern, dieser wiederum unter dem Einfluß der Sowjet-Union, somit eine freie Willensäußerung der europäischen Mächte.

Diese Lage benutzt in äußerst geschickter Weise die überstaatliche Macht, der Judo-Bolschewismus, um die Völker aller Länder dem Weltproletariat gefügig zu machen. Die Komintern geht dabei von zwei Gesichtspunkten aus, einen Zerfall der großen Kolonialmächte durch die Wühlarbeit in den Überseegebieten herbeizuführen und in Europa, von der Tschechoslowakei ausgehend, diese als Brücke für die Verbreitung des Bolschewismus nach Westen zu benutzen. Die Sowjet-Union hat zur Durchführung des Bolschewismus in den Kolonien Universitäten im Lande eingerichtet. Auf diesen werden Eingeborene und, soweit in den Kolonien mit primitiver Bevölkerung geeignete Vertreter nicht gefunden werden können, Neger aus den Vereinigten Staaten für diese Zwecke eingehend ausgebildet. Diese Farbigen werden nach der Reifeprüfung als Sendboten hinausgeschickt. Sie predigen Eingeborenen die Weltrevolution,



hetzen sie aber gleichzeitig gegeneinander auf, indem sie jedem Stamm das alleinige Besitzrecht auf ihr Wohnland zuschreiben. Durch die Aufwiegelung der Eingeborenen sollen die Kolonien der Sowjet-Union als reife Frucht in den Schoß fallen und gleichzeitig die europäischen Staaten geschwächt und ihrer Rohstoffquellen beraubt werden. In Europa besteht die Gefahr,

daß die sowjetrussische Regierung ihre außenpolitischen Ziele über den Weg der Innenpolitik des als Opfer ausgesuchten Landes zu erreichen versucht.

So, von zwei Seiten ausgehend, findet eine systematische bolschewistische Durchseuchung der Welt statt. Das Dritte Reich aber bildet einen Fels in der umbrandenden roten Flut. Es muß die Aufgabe aller Staaten sein, die nicht dem Elend und der Vernichtung verfallen wollen, sich an der deutschen Kraft aufzurichten und diese unbesiegbar zu gestalten! Dies kann geschehen, indem man Deutschland die notwendige Bewegungsfreiheit, Rohstoffquellen und damit wirtschaftliche Existenz verschafft, d. h., indem man Deutschland seine Überseeprovinzen in Afrika und in der Südsee zurückgibt. Dies würde auch der Rechtslage entsprechen. Die von Deutschland um 1884 erworbenen Überseegebiete — die Tradition der deutschen Südsee, verkörpert durch das Hamburger Handelshaus Godeffroy & Sohn, reicht bis in die Regierungszeit Friedrichs des Großen zurück — waren nachweislich noch nicht von anderen europäischen Nationen in Besitz genommen. England hatte sogar teilweise deren Besitzergreifung abgelehnt. Die Voraussetzungen Bismarcks, nur den Schutz über freie Gebiete zu gewähren, waren also erfüllt, und die Erwerbungen Deutschlands wurden von allen Mächten anerkannt.

Als die Kolonien nach dem Kriege enteignet werden sollten, wehrte sich Wilson gegen die direkte Fortnahme, und es gelang ihm, sie zu Mandatsgebieten erklären zu lassen. Seine Pläne in dieser Hinsicht fanden eine unwillkürliche Unterstützung durch die alliierten und assoziierten Mächte selbst, weil sie sich nicht entschließen konnten, unsere Kolonien als Bestandteil ihrem eigenen Kolonialreich einzugliedern. Die treibende Kraft für diese Ablehnung bildete aber der jüdische Marxismus. Bei einem glatten Raub der Kolonien hätte nämlich Deutschland eine Entschädigung erhalten müssen. Man wollte uns aber alles nehmen und doch nichts geben. Dieser mit so feinem Zynismus ausgeklügelte Plan erreichte genau das Gegenteil von dem Gewollten:

e r e r h i e l t u n s g e r a d e u n s e r e n R e c h t s a n s p r u c h a u f u n s e r e Ü b e r s e e g e b i e t e.

D e u t s c h l a n d b r a u c h t d i e K o l o n i e n u n d d i e K o- l o n i e n b r a u c h e n D e u t s c h l a n d! Jeder fremde Staatsmann, der gewillt ist, sich einmal auf den deutschen Standpunkt einzustellen, wird dann folgerichtig zu einem gleichen Ergebnis kommen. Deutschland ist so arm an Rohstoffen, daß es überflüssig wäre, die fehlenden anzuführen. Es verlohnt sich nur, auf den Besitz von Kohle und Kali hinzuweisen. Gewisse Vorkommen an Blei, Zink und Eisenerzen sind unzulänglich und überdies durch die Fortnahme von Elsaß-Lothringen und Teilen von Schlesien erheblich verringert worden.

Das nationalsozialistische Deutschland wird mit der Durchführung des Vierjahresplanes beweisen, daß es durch technisches Geschick, Energie und Fleiß sogar die Schwächen eines Rohstoffmangels zu meistern versteht. Schon während des Krieges war Deutschland gezwungen, Nitrate synthetisch herzustellen. Vor dem Kriege waren alle Länder mit deren Versorgung auf Chile angewiesen; jetzt werden neun Zehntel des Weltbedarfs synthetisch gewonnen. Deutschland hat der Welt also schon einmal die Wege gewiesen, wie man sich von dem Ankauf eines Materials aus fremdem Lande unabhängig machen kann. Heute nimmt das Dritte Reich die führende Stellung in der Gewinnung von Benzin aus Kohle ein und in der synthetischen Herstellung von Gummi.

Unabhängig von diesen Betrachtungen können und müssen uns aber unsere Kolonien die zusätzlichen Rohstoffe liefern. Vor allem sind es pflanzliche Öle und Fette, die aus ihnen bezogen werden können. In dieser Beziehung seien Kamerun und die deutsche Südsee vorweg genannt. Sisal gibt Deutsch-Ostafrika her; Kohle ist dort vorhanden, Gold und Diamanten finden sich als Nebenprodukte. Letztere sind in Deutsch-Südwestafrika zu Hause. Gold wird in steigerndem Ausmaß in Deutsch-Neuguinea (Kaiser-Wilhelms-Land) gewonnen. Das Vorkommen von Erdöl in Kamerun und in der Südsee, in dieser auch von Platin, war

bereits der deutschen Regierung bekannt. Südwestafrika beherbergt Kupfer, Blei, Zink, Vanadium und Eisenerze. Wenn die fremden Mächte heute behaupten, die deutschen Kolonien seien wertlos, so mag das von ihrem Standpunkt aus zutreffen. Wir wollen aber die Bodenschätze unserer Überseeprovinzen in erster Linie für uns verwenden. Sie werden Deutschland mancherlei Erleichterung bringen, unabhängig davon, ob deren gegenwärtige Produktion für die Welterzeugung eine Rolle spielt. Im übrigen gibt das Dritte Reich die Gewähr dafür, daß unsere Überseeprovinzen, wieder in den Dienst ihres rechtmäßigen Mutterlandes gestellt, einen erheblichen Auftrieb nehmen. (Deutschland hatte mit seinem Eintritt in den Kreis der Kolonialmächte der Welt schon einmal gezeigt, daß eine Reform der Kolonialpolitik nötig war. Das Dritte Reich wird eine zweite Reform herbeiführen.) Der einheitliche Wille, der dank der Maßnahmen des Führers das neue Deutschland durchzieht, wird ebenso in unserem Kolonialbesitz zur Wirkung kommen. Das nationalsozialistische Deutschland wird der Welt beweisen, was richtig angewendete Kolonialpolitik und Wirtschaft zu leisten vermag, wir werden der Welt zeigen, daß unsere Überseebesitzungen wieder unter Deutschlands Obhut der Heimat das geben, was es mit Fug und Recht von ihnen verlangen kann: „Arbeit und Brot“.
